NACHRICHTEN
Österreich
25. März 2025

Grasser zu vier Jahren Haft verurteilt: Das Buwog-Urteil im Fokus!

Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser wurde im BUWOG-Prozess am 25. März 2025 zu vier Jahren Haft verurteilt.

Österreich - Am 25. März 2025 wurde Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser zu vier Jahren Haft verurteilt. Ein Urteil, das die rechtlichen Auseinandersetzungen rund um die sogenannte BUWOG-Affäre erneut ins Rampenlicht rückt. Ursprünglich war Grasser in der ersten Instanz zu acht Jahren Haft verurteilt worden, doch der Oberste Gerichtshof hob Teile des Urteils auf und reduzierte die Strafe. Der Prozess drehte sich um den Verkauf von 60.000 Bundeswohnungen in Österreich im Jahr 2004, bei dem Grasser, Walter Meischberger und Peter Hochegger in schwerwiegende Vorwürfe verwickelt wurden, darunter Bestechung und Amtsmissbrauch. Die finanziellen Forderungen, die aus dem Verfahren resultieren, belaufen sich auf 16,4 Millionen Euro, die noch ausstehen und die rechtlichen Konsequenzen des Falles weiterhin offen lassen.**5min berichtet**
.

Die BUWOG-Affäre und ihre Auswirkungen auf die österreichische Politik sind tiefgreifend. Der Deal, bei dem die Wohnungen als Gesamtpaket verkauft wurden, führte dazu, dass die Republik Österreich bis zu eine Milliarde Euro entgangen sein könnte, so Gabriela Moser von den Grünen. Die Geschehnisse wurden erstmals 2009 öffentlich, als Ermittlungen zur Pleite der Constantia Privatbank eine auffällige Provisionszahlung an die Lobbyisten ans Licht brachten. Experten und Prüfer hagelten Kritik über den Verkaufspreis von 594 Euro pro Quadratmeter, während im Einzelverkauf bis zu 1.350 Euro erzielt wurden. Dies

unterstreicht die ökonomische Fragwürdigkeit der gesamten Transaktion.**Wikipedia informiert**.

Korruption in Österreich

Die BUWOG-Affäre ist nur ein Teil eines größeren Problems: Der Korruptionswahrnehmungsindex 2024 zeigt, dass Österreich im globalen Vergleich weiter rutscht. Mit einem Rückgang auf Rang 25 und einer Bewertung von 67 von 100 Punkten erreicht Österreich die schlechteste Platzierung seiner Geschichte. Der Index wird von Transparency International erstellt und verdeutlicht, dass politische Skandale und der Einfluss auf unabhängige Medien wesentliche Gründe für diese negative Entwicklung sind. Zudem wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft zu gewährleisten und Transparenzmaßnahmen zu ergreifen.**Der Kurier berichtet**.

Die anhaltenden rechtlichen Auseinandersetzungen und der gesunkene Korruptionswahrnehmungsindex platziert die österreichische Regierung im Zugzwang, gegen Korruption vorzugehen. Transparency Österreich hat bereits gefordert, dass die kommende Regierung ein unabhängiges Weisungsrecht für Staatsanwaltschaften einführt, um die Medienunabhängigkeit zu sichern und den Hinweisgeberschutz zu stärken.

Details	
Vorfall	Korruption
Ursache	Bestechung, Amtsmissbrauch, unrechtmäßige Einflussnahme, Untreue
Ort	Österreich
Schaden in €	16400000
Quellen	• **www.5min.at** • **de.wikipedia.org** • **kurier.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at